

An den Rat der Gemeinde Niederkrüchten
und Herrn Bürgermeister
Karl-Heinz Wassong
Laurentiusstr. 19
41372 Niederkrüchten

Per Mail

Niederkrüchten, den 05.03.2024

Antrag der Fraktionen von CDU, B90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und CWG

I. Vorbemerkung

Seit die Geheimpläne von AfD-Politikern zu rassistischen Deportationen öffentlich wurden, regt sich heftiger Protest, es gab erfreulich viele und vielfältige Demonstrationen im ganzen Land – so auch im Kreis Viersen und am nächsten Wochenende in der Gemeinde Niederkrüchten.

Die AfD verachtet unser solidarisches Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit, unsere demokratische Republik. Wir halten dem stand – gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und für unsere wehrhafte Demokratie.

II. Beschlussvorschlag

Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten bekräftigt, unsere demokratischen Werte gegen Rechtsextremismus zu verteidigen und schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.

gezeichnet

Jürgen Lasenga
Stv. CDU Fraktionsvorsitzender

Anja Degenhardt
B90/DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende

Wilhelm Mankau
SPD Fraktionsvorsitzender

Lars Gumbel
FDP Fraktionsvorsitzender

Sebastian van de Weyer
CWG Fraktionsvorsitzender